



Antrag Nr. 12

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International (KOMintern) an die 152. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer

Tag für Tag werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die Menschen spürbarer. Vieles deutet darauf hin, dass die Lage für die Mehrheit der Bevölkerung nicht besser sondern schlechter wird. Gegenwärtig steuern wir auf eine prognostizierte Arbeitslosenzahl von 400.000 zu. Hinzu kommen etwa 50.000 Menschen in Kurzarbeit und eine versteckte Arbeitslosigkeit, von der noch mal bis zu 100.000 Personen betroffen sind.

Exzessive Spekulation und die massive Umverteilung zugunsten der großen Vermögen und der Gewinneinkommen haben zur Heftigkeit dieser Krise beigetragen. Produktionskapazitäten werden zu Lasten der Beschäftigten abgebaut, weil am Markt vorbeiproduziert wurde. Gleichzeitig wird Druck auf die Lohneinkommen ausgeübt, was den Absatz der Waren noch erschweren muss. Aber die Unternehmer werden nicht freiwillig einen Teil des Profits abtreten, um dessen Aufrechterhaltung und Maximierung es ihnen geht. Die Politik stellt sich ganz in den Dienst dieser Verwertungslogik und wälzt die Krisenlast auf die Bevölkerung ab. Wir zahlen längst für diese Krise aus unserer eigenen Tasche.

Doch damit nicht genug: bereits jetzt werden die kommenden Sparpakete geschnürt, die wir bezahlen sollen. Weiterhin sind diejenigen, welche die Krise zu verantworten haben, in ihrer alten Eigentümerstellung. Nach wie vor haben sie das Kommando über die „Steuerung“ des Wirtschaftsprozesses. Mit Unterstützung der Politik können sie weitermachen wie gehabt und werden vom Staat für ihre Verluste großzügig entschädigt. Am Wirtschaftssystem wird sich nichts ändern, wenn wir uns nicht wehren!

Antrag:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien hält eine grundlegende Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für dringend erforderlich. Sie unterstützt und fördert soziale Bewegungen und Protestaktionen, die sich vor allem für folgende Forderungen einsetzen:

- Rauf mit den Löhnen bei den KV-Verhandlungen! 100 Euro mehr pro Monat und pro Beschäftigten!

- Größere und sinnvolle beschäftigungswirksame Investitionen in Bildung, Soziales, öffentliche Infrastruktur, Gesundheit und Pflege sowie Umwelt, statt teurer Konjunkturpakete die lediglich den Unternehmern dienen!**
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn statt Arbeitszeitflexibilisierung und Lohnverlust!**
- Volle rechtliche Gleichstellung aller Arbeitsverhältnisse! Alle Beschäftigten haben das Recht auf eine menschwürdige, sinnvolle, existenzsichernde Arbeit und einen entsprechenden Dienstvertrag!**
- Schluss mit der Abwälzung der Krisenlast auf unsere Kosten! Vermögen und Gewinne müssen höher besteuert werden!**
- Stopp der Privatisierung! Wir fordern die Sicherung und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge!**
- Diejenigen, welche die Wirtschaft an die Wand gefahren haben, dürfen nicht länger über unser aller Schicksal entscheiden! Die Eigentumsstrukturen müssen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung umgestaltet werden!**